

Antrag 86/II/2024
AG Migration und Vielfalt Landesvorstand
Der Landesparteitag möge beschließen:

Empfehlung der Antragskommission
Votum erfolgt am 19.11.2024

Menschenrechte verteidigen: Für eine solidarische und humane Migrationspolitik

1 Die SPD Berlin bekräftigt ihr uneingeschränktes Bekennt-
2 nis zu den sozialdemokratischen Werten von Solidarität
3 und Humanität.
4 Gegenwärtig werden in der Migrationspolitik grundle-
5 gende Rechte in Frage gestellt. Es ist unsere Pflicht, uns
6 entschlossen für die Verteidigung von Menschenrechten
7 einzusetzen.
8
9 Die Einführung einer Bezahlkarte für Asylsuchende, wie
10 derzeit angedacht, widerspricht diesen Werten zutiefst.
11 Sie stigmatisiert und verhindert das gleichberechtigte
12 Zusammenleben, insbesondere wegen der geplanten
13 Bargeldbeschränkung einschließlich der kostenaufwändi-
14 gen bürokratischen Umsetzung. Dadurch wird die gesell-
15 schaftliche Ausgrenzung weiter manifestiert. Solidarität
16 bedeutet, gesellschaftlich ohnehin benachteiligte Perso-
17 nengruppen zu stärken und nicht zu diskriminieren.
18
19 Abschiebungen in Länder, in denen Menschen Folter und
20 der Tod drohen, stellen eine Verletzung der Menschen-
21 rechte dar. Ein Rechtsstaat wie Deutschland hat die Ver-
22 antwortung, sich für den Schutz von Menschen einzuset-
23 zen, die vor Verfolgung und Gewalt fliehen. Diese Grund-
24 sätze sind in den Europäischen Menschenrechtskonven-
25 tionen verankert, die Deutschland in Bewusstsein seiner
26 Verantwortung mitträgt.
27
28 Das Recht auf Asyl ist ein Kernbestandteil unserer Verfas-
29 sung und der internationalen Verpflichtungen Deutsch-
30 lands und endet nicht an den nationalen Grenzen. Der
31 Zugang zu fairen Asylverfahren ist unverzichtbar, um das
32 Recht auf Asyl nicht auszuhöhlen.
33
34 Die SPD Berlin tritt weiterhin für eine Politik ein, die sich
35 an den Grundwerten der Solidarität und Humanität ge-
36 genüber allen Menschen orientiert, unabhängig von ih-
37 rem Geschlecht, ihrer ethnischen Herkunft, einer rassis-
38 tischen und antisemitischen Zuschreibung, der Religion
39 und Weltanschauung, einer Behinderung, einer chroni-
40 schen Erkrankung, des Lebensalters, der Sprache, der se-
41 xuellen und geschlechtlichen Identität oder des sozialen
42 Status.